

# **Frieden, Frieden und nochmals Frieden - war, ist und bleibt unsere Forderung!**

**Berlin, vom 7. Oktober 1949 bis Ende 1989, Hauptstadt der  
Deutschen Demokratischen Republik.**

**In den 40 Jahren des Bestehens der DDR war Berlin:**



**eine Stadt des Friedens, der  
der Völkerverständigung und  
der internationalen Solidarität.**

Im Februar 1979 wurde der Hauptstadt der DDR, Berlin, in  
Anerkennung des Beitrages der DDR und ihrer Bürger für die  
Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa und der Welt, der  
Titel:

## **Stadt des Friedens**

durch den Weltfriedensrat zuerkannt.

Der Weltfriedensrat würdigte mit dieser Auszeichnung den Beitrag der DDR  
für ihre Politik des Friedens, der Völkerfreundschaft sowie die Gestaltung und  
Pflege gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Ländern, zum Nutzen ihrer  
Völker, seit ihrer Gründung im Jahre 1949. Auf diese Auszeichnung sind wir, die  
ehemaligen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, noch heute stolz.

Zu keiner Zeit beteiligten sich die DDR und ihre Bürger an Kriegen oder am  
Sturz demokratisch gewählter Regierungen.

Die jahrzehntelangen Erfahrungen des Kampfes der deutschen und  
internationalen Arbeiterbewegung beachtend, sah es die DDR als ihre Pflicht  
an, die Völker im Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit und die  
Errichtung einer den Interessen des werktätigen Volkes entsprechende  
Gesellschaftsordnung zu unterstützen.

Diese internationalistische Haltung der DDR stand in voller Übereinstimmung mit den Interessen und Zielen der Bevölkerung der DDR und wurde von der absoluten Mehrheit ihrer Bürger getragen.

Zahlreich sind die Beispiele internationaler Solidarität der DDR zur Unterstützung des Kampfes der Werktätigen in den kapitalistischen Staaten für die Erhaltung des Frieden, gegen Ausbeutung, Unterdrückung, gegen den systematischen Abbau ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten, für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage sowie Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft.

Von ihrer Gründung an stand die DDR fest an der Seite der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Kampf gegen ihre ausländischen Unterdrücker, um die Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit, die Beseitigung der Folgen jahrhundertelanger kolonialer Herrschaft und dem Aufbau einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft.

Zehntausende Jugendliche aus den unterschiedlichsten Ländern der Erde sind heute noch dankbar für ihre qualifizierte berufliche Ausbildung in den Betrieben und an den Bildungseinrichtungen der DDR sowie für die herzliche Gastfreundschaft, die sie während der Zeit ihres Aufenthaltes in der DDR genießen konnten.

Fast 50 Jahre nach den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin erinnern sich heute noch tausende Frauen und Männer, ehemalige Mitglieder unterschiedlicher demokratischer Jugendorganisationen aller 5 Kontinente, an die erlebnisreichen Tage im August 1973 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. So wie alle Treffen der demokratischen Weltjugend trugen auch die III. Weltfestspiele 1951 und die X. Weltfestspiele 1973 in Berlin dazu bei, das gemeinsame Handeln der demokratischen Jugend im Kampf für den Frieden und der Durchsetzung ihrer Interessen, Forderungen und Ziele, unabhängig von ihrer Sprache, Hautfarbe oder weltanschaulichen Ansichten, gegen die Macht des Kapitals und deren Regierungen, zu unterstützen.

Mitglieder der Freundschaftsbrigaden der FDJ berichten noch heute voller Stolz über ihre solidarische Tätigkeit in den sich vom Kolonialismus befreiten jungen Nationalstaaten und über ihre herzlichen Begegnungen und die Zusammenarbeit mit den Bürgern dieser Länder.

Entsetzt sind unsere Botschafter des Friedens im Blauhemd der FDJ darüber, dass in nicht wenigen ihrer ehemaligen Einsatzländer heute der Kapitalismus wieder sein Unwesen treibt. Mittels des Neokolonialismus und des Einsatzes bewaffneter Kräfte werden die Völker der jungen Nationalstaaten ihrer über viele Jahrzehnte hart erkämpften nationalen Unabhängigkeit und Selbständigkeit erneut beraubt, ihre Länder damit wieder der Herrschaft der alten und neuen Kolonialherren unterworfen, in einigen der Länder auch mit aktiver Unterstützung der BRD.

Die DDR vertrat von ihrer Gründung an den Standpunkt: der Schlüssel für alle die die Menschheit bewegenden Fragen und Probleme und deren Lösung ist die Sicherung und Erhaltung des Friedens in der Welt.

Aufrüstung und Kriege, eine der wichtigsten Lehren der Geschichte, und die Gegenwart bestätigt es erneut, sind keine Mittel zur Lösung strittiger Fragen. Im Gegenteil, sie verschärfen die Gegensätze und schüren den Hass zwischen den Ländern und Völkern, anstatt anstehende Probleme gemeinsam friedlich zu klären und zu lösen.

Wir widersprechen der Auffassung der Außenministerin der BRD, Frau Baerbock, dass mit der militärischen Unterstützung der derzeitigen Machthaber in Kiew unsere Freiheit verteidigt wird. Unsere Frage: wessen Freiheit meint die Außenministerin? Die der werktätigen Bürger der Ukraine oder die der Nazis, Oligarchen und deren ausländische Auftragsgeber? Wir fragen: auf wessen Kosten und zu wessen Lasten geht die sogenannte Verteidigung der Freiheit? Wer sind die Verursacher, die Auslöser für die in der Ukraine stattfindenden Kriegshandlungen mit welcher Absicht und welchem Ziel? Wer profitiert schließlich von diesem Krieg?

Leidtragende sind, wie in jedem Krieg, die Menschen. in diesem Fall die friedliebenden Bürger der Ukraine. Die Kosten des Krieges gehen vor allem zu Lasten der Bürger der sogenannten unterstützenden Länder, obwohl die Gelder zur Lösung anstehender sozialer Probleme und ziviler Projekte in ihren eigenen Ländern dringend notwendig wären.

Die Rüstungskonzerne in den USA und die in der Europäischen Union erfreuen sich enormer Profitsteigerungen. Hier schließt sich der Kreis - Auftraggeber, Auslöser und Profiteur des Krieges.

Eine in Aussicht gestellte Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union würde wiederum vor allem die Werktätigen der Mitgliedsstaaten der EU enorm belasten und den Konzerne einen weiteren Profitzuwachs sichern.

Wir haben nicht vergessen, Frau Außenministerin Baerbock, dass es vor einigen Jahren schon einmal einen Minister der BRD gab, der in voller Überzeugung behauptet hat, dass die Sicherheit der BRD am Hindukusch verteidigt wird. Schauen wir nach Afghanistan: dort zeigt sich, was der 20 Jahre andauernde Krieg der USA, der NATO, auch unter Beteiligung der BRD, dem afghanischen Volk beschert hat.

Afghanistan, Korea, Vietnam, Jugoslawien, Irak, Syrien und die vielen anderen Länder bestätigen, stets ging und geht es den kapitalistischen Ländern darum, anderen Völkern ihre Politik aufzuzwingen, ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zu entziehen. Überall das gleiche Bild: Zerstörungen, Millionen Tote, hinterlassenes Leid und Elend unter der Bevölkerung, Millionen Flüchtlinge usw. In den anderen Ländern, in denen derzeit noch kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden, sieht es nicht anders aus.

Wir fragen sie Frau Außenministerin: ist das die Freiheit, die angebliche Wertegemeinschaft die es zu verteidigen gilt?

**Dieser Entwicklung kann nur Einhalt geboten werden, wenn es den Friedenskräften gelingt, sich zusammenzuschließen, um den Kriegstreibern das Handwerk zu legen.**

Die Gründung der DDR und ihre Friedenspolitik stellten im wahrsten Sinne des Wortes eine Zeitenwende in der deutschen Geschichte dar. Wäre es nicht erstrebenswert, wenn die BRD und ihre derzeitige Regierung diese Traditionslinie in der Geschichte des deutschen Volkes nach 1945 bewahrt, pflegt und weiter fortsetzt?

Das Gegenteil ist aber der Fall. Hinter dem seit einigen Wochen von der Bundesregierung proklamierten Begriff > Zeitenwende < verbirgt sich das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der BRD. Er wird benutzt, um die seit Jahrzehnten praktizierte reaktionäre, antidemokratische, die den Frieden gefährdende Innen- und Außenpolitik des deutschen Imperialismus weiter fortzusetzen, die BRD in ihren Machtbestrebungen und Position in der Europäischen Union weiter zu stärken und auszubauen.

Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni d.J. erklärte der SPD-Ko-Vorsitzende, Lars Klingbeil: "Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben...Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem." Einige Tage zuvor hat der Bundeskanzler der BRD verkündet, dass die Bundeswehr in nächster Zeit ..." die größte konventionelle Armee im europäischen NATO-System sein" wird. (Vergl. junge Welt, 21.06.2022)

Der Aufruf der > Friedensbewegten der BRD aus der ganzen Welt < zur bundesweiten Kundgebung am 02.Juli 2022, unter der Losung:

**Wir zahlen nicht für eure Kriege.  
100 Milliarden für eine demokratische zivile & soziale Zeitenwende.  
Nein zur Aufrüstung - ja zur zivilen, solidarischen Entwicklung"**

bestärkt uns in unserer Auffassung, dass der Kurs der Regierung der BRD eine für den Frieden bedrohende Gefahr darstellt. ( Aufruf, siehe Anlage)

Die tiefe Kluft zwischen den Interessen und Erwartungen der Mehrheit der Bürger der BRD und den bestehenden gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen, die im Interesse des Kapitals dienende Politik der derzeitigen Ampel-Regierung, spitzt sich immer weiter zu.

Von einer Zeitenwende, im Sinne einer Politik im Interesse und den Erwartungen der Bürger der BRD und der Völker Europas, die dringend notwendig wäre, kann keine Rede sein.

Die Kundgebung am 2.Juli d.J. auf dem ehemaligen Opern-Platz unter den Linden in Berlin, dem Platz, der seit August 1947 den Namen des Funktionärs der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, trägt, wird das überzeugend belegen. Der Treffpunkt auf dem August-Bebel-Platz sollte für alle Teilnehmer Anlass sein, sich an einstige Friedensbekenntnisse und Friedensforderungen der deutschen Sozialdemokratie zu erinnern.

1871, Reichstagswahlkampf in Deutschland. August Bebel und andere Mitglieder der Führung der deutschen Sozialdemokratie befanden sich auf Grund ihres konsequenten Eintreten für Frieden und sozialen Fortschritt im Gefängnis. Wilhelm Liebknecht und Genossen forderten die Partei und das deutsche Volk angesichts der drohenden Gefahr eines Krieges dazu auf, den Kriegstreibern keine Chance zu geben. Die Parteiführung der deutschen Sozialdemokratie um Wilhelm Liebknecht forderte:

**"Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen".**

Was wäre dem deutschem Volke und den Völkern Europas und der Welt alles erspart geblieben, wenn die Forderung Wilhelm Liebknechts und Genossen in der Politik Deutschlands zum Tragen gekommen wäre.

Was könnte heutigen Generationen alles erspart bleiben, wenn die Führung der SPD die mahnenden Hinweise Wilhelm Liebknechts und August Bebel beherzigen und zur Grundlage ihrer heutigen Politik machen würde? Lehrt nicht die Geschichte, dass die Zeche verfehlter Politik der Regierungen immer zu Lasten nachfolgender Generationen geht und von diesen bezahlt werden muss.

Ist es nicht an der Zeit, endlich notwendige Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus der deutschen Geschichte zu ziehen?

Die DEMO am 2. Juli 2022 gibt uns weiteren Anlass, sich der deutschen Geschichte zu erinnern. Die älteren Bürger, insbesondere die Friedensaktivisten aus der BRD der 1950er Jahre, können sich sicherlich noch an das Lied > Ami, go Home < und dessen motivierende Wirkung für den Friedenskampf erinnern.

Dem Komponisten Hanns Eisler und dem Sänger Ernst Busch ist es zu verdanken, dass das weltweit bekannte Lied auch einen deutschen Text erhielt und über viele Jahre das Handeln der Friedenskämpfer bekleidete. Bereits in der ersten Strophe des Friedensliedes heißt es:

"Was ist unser Leben wert, wenn alleine' regiert das Schwert.  
Und die ganze Welt zerfällt in toten Sand.  
Aber dies wird nicht geschehn, denn wir wolln nicht untergehn.  
und so rufen wir durch unser deutsches Land:

Refrain:

Go home Ami, Ami go home! Spalte für den Frieden dein Atom!  
Sag' "good bye" dem Vater Rhein, rühr' nicht an sein Töchterlein,  
Lorelei, solange du singst, wird Deutschland sein."

Angesichts der vom USA-Imperialismus ausgehenden friedensgefährdenden Politik, der drohenden Gefahr des Ausbruchs eines erneuten, eines möglichen atomaren Weltkrieges, der Verhinderung einer friedlichen Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Völkern, hat der Text des Friedensliedes von Eisler / Busch nichts an seiner Aktualität verloren. (In der Anlage der Text des Friedensliedes von Eisler / Busch).

Der Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" erklärt sich solidarisch mit dem Anliegen der Kundgebung der > Friedensbewegten in der BRD und aus der ganzen Welt < und die im Aufruf enthaltenen Forderungen nach einer künftigen Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits in seinem Beitrag anlässlich des Jahrestages der Befreiung und des Sieges über den Hitlerfaschismus hat der Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" seine Erwartungen hinsichtlich einer künftigen Politik der BRD und ihrer Bundesregierung dargelegt. Wir fordern die Ampel-Regierung erneut auf:

- alle Rüstungslieferungen in die Ukraine sofort einzustellen und Einfluss darauf zu nehmen, dass die verantwortlichen Politiker der Ukraine veranlasst werden, die in Minsk 2014 und 2015 getroffenen Vereinbarungen zu realisieren. Sie, ihre ausländischen Auftragsgeber und Unterstützer sind vor allem verantwortlich für all die Zerstörungen, für das Leid von Millionen Ukrainern, für den Tod tausende ihrer Landsleute und der russischen Staatsbürger;
- alle Sanktionen gegenüber Russland aufzuheben und Wirtschafts- und Handelsbeziehungen anzustreben, die den Interessen und Bedürfnissen unserer beiden Völker und Länder entsprechen. Weder ausländische Regierungen, noch die Europäische Union, haben das Recht, der BRD vorzuschreiben, mit welchem Staat sie Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unterhält;
- dass die Erdgasleitung Nord-Stream 2 fertiggestellt und in Betrieb genommen wird. Russland ist seit 50 Jahren ein zuverlässiger und berechenbarer Lieferant an Erdgas, Erdöl und anderen notwendigen Rohstoffen der BRD;
- die vom Bundestag beschlossenen Hochrüstungsmaßnahmen einzufrieren und die Milliarden Euro für soziale und zivile Projekte bereitzustellen. Alle im Ausland eingesetzten Bundeswehrsoldaten abzurufen und mit der Lösung dringender Aufgaben in der BRD zu beauftragen;
- die Aufnahme weiterer Länder in den NATO - Pakt abzulehnen und den sofortigen Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa in die im Jahre 1990 vereinbarten Länderregionen einzufordern.
- dass die auf dem Territorium der BRD stationierten ausländischen Truppen abgezogen, ihre bestehenden militärischen Einrichtungen geschlossen, und alle vom Territorium der BRD aus geplanten und durchgeführten militärischen Maßnahmen und Kriegseinsätze der USA und NATO einzustellen werden.

Beherrigen wir die geschichtliche Erfahrung und Lehre - Frieden in Europa und eine friedliche Zukunft unseres europäischen Kontinent ist nur mit und nicht gegen Russland möglich.

**Eine solche Politik der BRD würde ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Vergangenheit und für eine Zukunft in Frieden, Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität für das eigene Volk und aller Völker auf dieser Erde Rechnung tragen.**

Arbeitskreis Geschichte der  
Jugendhochschule "Wilhelm Pieck"

**Anlagen:** - Aufruf der Friedensbewegten der BRD aus der ganzen Welt  
- Friedenslied Eisler / Busch > Ami, go Home <